

Materialien über El Salvador

Der kleine mittelamerikanische Staat El Salvador ist zu einem Thema der deutschen Innenpolitik geworden, Wahrheiten, Halbwahrheiten und Unwahrheiten werden miteinander vermischt.

Die nachfolgenden Materialien enthalten Fakten und Informationen, die dem interessierten Leser die Möglichkeit geben sollen, sich ein Urteil über El Salvador zu bilden.

El Salvador ist seit 1821 unabhängig und hatte bis in den Anfang des 20. Jahrhunderts hinein eine vergleichsweise ruhige politische Entwicklung. 1932 schlugen die Militärs einen Aufstand der Landarbeiter gegen die Großgrundbesitzer blutig nieder, seitdem folgte eine Militärdiktatur der anderen. Zuletzt herrschte General Romero. Während der Diktatur wurden zwar Wahlen abgehalten, deren Ergebnisse aber von Romero nicht akzeptiert wurden.

Bei den Nationalwahlen 1972 erteilte das Volk dem Christdemokraten Napoleón Duarte ein klares Mandat. Wahlfälschungen, Festnahmen, Folterungen und Ausweisungen von christdemokratischen Politikern (darunter auch Napoleón Duarte) haben aber dazu geführt, daß das vom Volk übertragene Mandat nicht ausgeübt werden konnte.

Am 15. Oktober 1979 stürzte eine Gruppe jüngerer Militärs den Diktator Romero und bildete mit Zivilisten zusammen eine „revolutionäre Regierungsjunta“. Sie bestand aus Vertretern verschiedener demokratischer Gruppen, darunter Wirtschaftsvertreter, Christdemokraten und Militärs. Diese erste Junta stand vor der schwierigen Aufgabe, alle „Ansprüche auf Demokratie“ der verschiedenen Gruppen binnen kurzer Frist befriedigen zu sollen.

Aus diesem Prozeß der Reformpolitik und Demokratisierung des Landes zogen sich schon im Frühjahr 1980 die meisten Gruppen zurück, offensichtlich, weil es ihnen unmöglich erschien, ihre Partikularinteressen durchzusetzen. Seitdem regiert eine Junta aus Christdemokraten.

Gegen Ende 1980 kam es zu einer erneuten Regierungsumbildung, die aber an der Grundzusammensetzung der Junta nichts änderte: Zwischen den Vertretern der Militärs in der Junta, Gutierrez und Majano, war es in den davorliegenden Monaten zu Machtkämpfen gekommen. Abstimmungen im Offizierskorps der

Streitkräfte ergaben nach derartigen Meinungsverschiedenheiten stets eine überwältigende Mehrheit für Gutierrez, der somit die Funktion des Sprechers der Militärs erhielt. Majano setzte sich nach Panama ab.

Die Reformpolitik der Regierung

Die Militärs stellten Ende 1979 die Grundlinien eines nationalen Notprogramms vor:

- a) Beendigung von Gewalt und Korruption,
- b) Garantie der Menschenrechte,
- c) Maßnahmen für eine ausgeglichene Verteilung des nationalen Reichtums bei gleichzeitigem beschleunigtem Wachstum des Sozialprodukts,
- d) positive Entwicklung der auswärtigen Beziehungen des Landes.

Eine weitere Erklärung enthält eine Garantie der Menschenrechte und das Versprechen der Rückkehr zur Demokratie:

- a) Schaffung einer geeigneten Situation, um wirklich freie Wahlen innerhalb eines vernünftigen Zeitraums durchzuführen,
- b) Erlaubnis zur Bildung von Parteien einer ideologischen Ausrichtung zur Stärkung des demokratischen Systems,
- c) Generalamnestie für alle Exilierten und für politische Häftlinge,
- d) Anerkennung des Rechtes zur Gründung von Gewerkschaften in allen Arbeitsbereichen,
- e) Förderung der freien Meinungsäußerung in Anerkennung ethischer Normen.

Zwischen den Militärs und den Christdemokraten besteht Einigung darüber, daß freie Wahlen die einzige Lösung für die Krise des Landes darstellen. Die Wahlen sollen binnen Jahresfrist stattfinden.

Zur Durchführung von freien Wahlen müssen allerdings gleiche Ausgangschancen für alle politischen Parteien garantiert werden. Eine weitere Grundvoraussetzung ist die Einstellung der Kämpfe.

Die Opposition, darunter auch der Sozialdemokrat Ungo, hat dieses Friedensangebot bisher zurückgewiesen.

Wesentlicher Punkt des Regierungsprogramms der Junta ist die „ausgeglichene Verteilung des nationalen Reichtums bei gleichzeitigem beschleunigtem Wachstum“:

- a) Schaffung der Voraussetzungen, um einen Prozeß der Agrarreform zu beginnen,
- b) Verbesserung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bevölkerung durch Reformen im Finanz-, Steuer- und Außenhandelssektor des Landes,
- c) Schutz des Konsumenten gegen die Folgen der Inflation,
- d) Durchführung von speziellen Entwicklungsprogrammen mit dem Ziel der Erhöhung der nationalen Produktion und der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze,

e) Anerkennung und Garantie des Rechts auf Wohnung, Verpflegung, Erziehung und Gesundheit für alle Bewohner des Landes,

f) Garantie des Privateigentums in seiner sozialen Funktion.

Wichtigster, aber auch umstrittenster Punkt dieses Programms ist die Agrarreform. Diese geht zwar grundsätzlich von der Anerkennung des Privateigentums aus, betont aber sehr stark die soziale Verpflichtung. Die Agrarreform ist rein produktions- und wachstumsorientiert, verzichtet also zunächst auf soziale Zusatzprogramme im Vertrauen darauf, daß im Zuge der Reform derartige Maßnahmen in Eigeninitiative durchgeführt werden können.

In einem ersten Schritt wurden Großgrundbesitzer mit mehr als 500 Hektar Grundeigentum enteignet und (durch die Zuweisung von 100 Hektar Restland und Ausgabe von Schuldverschreibungen — dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen) entschädigt.

Von diesem ersten Schritt sind ca. 280 Großgrundbesitzer betroffen worden, von denen 103 von der Gelegenheit Gebrauch gemacht haben, 100 Hektar für Eigenutzung zu reklamieren. Die Schätzungen über die betroffene Grundfläche liegen zwischen 214 000 und 300 000 Hektar, begünstigt sind etwa 400 000 Menschen.

In einer zweiten Stufe der Agrarreform sollen die ca. 2 000 Großgrundbesitzer enteignet werden, die mehr als 100 bzw. 150 (abhängig von der Bodengüte) Hektar besitzen. In einer dritten Stufe ist vorgesehen, daß auch unterhalb der Grenze 100/150 Hektar Land enteignet werden kann, allerdings nur in den Fällen, in denen die Eigentümer es nicht bearbeiten.

Die Landreform, das kann man schon heute sagen, hat zu bemerkenswerten Erfolgen geführt.

Schon allein die Tatsache, daß nun Landarbeiter auf Grund und Boden arbeiten, der ihnen selbst gehört (bzw. ihrer Genossenschaft), hat zu einem stark erhöhten Interesse an einer Mitarbeit geführt und somit die Erträge gesteigert.

Linke Gruppen haben allerdings den Anbau und die Ernte vielfach boykottiert oder durch Anschläge unmöglich gemacht.

Dennoch stieg in vielen Bereichen die Agrarproduktion erheblich. So konnte Salvador beispielsweise landwirtschaftliche Produkte nach Nicaragua und in andere Länder ausführen.

Natürlich war die Agrarreform auch von Schwierigkeiten begleitet: Da sich die Militärs bei der Durchsetzung der neuen Gesetze nicht viel Zeit ließen, kamen die Landarbeiter binnen kurzer Frist in den Genuß der neuen Rechte und waren nun auch verpflichtet, für eine geordnete Bewirtschaftung der zugewiesenen Ländereien zu sorgen.

Als Verwalter auf den neugegründeten Genossenschafts-Haziendas wählten sie deshalb in Ermangelung von eigenem gut ausgebildetem Personal vielfach den Verwalter des alten Großgrundbesitzers, der oftmals wenig Neigung zeigte, eine Beteiligung der Landarbeiter zu ermöglichen.

Diese Schwierigkeiten bestehen vielfach fort; in anderen Bereichen hat das neue Selbstbewußtsein der Landarbeiter dazu beigetragen, daß eine faktische Mitbestimmung Platz griff.

Um die wirtschaftliche Macht der wenigen reichen Familien des Landes (die Angaben schwanken zwischen 14 und 300 Familien) wirksam einzugrenzen, hat die Junta den gesamten Außenhandel verstaatlicht und das Bankensystem unter ihre Kontrolle gebracht.

Diese Maßnahmen richten sich nicht zuletzt gegen die Praxis der Steuerhinterziehung und des Transfers von schwarzen Geldern.

Die christlichen Demokraten

Nach der Übernahme der Macht durch die Revolutionsregierung haben die christlichen Demokraten den ihnen vorher vorenthaltenen Platz im politischen Leben des Landes einnehmen können. Einerseits sind sie an der nationalen Regierung beteiligt, zum anderen stellen sie ca. 200 der 261 Bürgermeister.

Innerhalb der christlich-demokratischen Partei kam es zu einer Diskussion während des Parteitages 1980 über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Regierungsbeteiligung. Die Abstimmung endete mit 136 zu 6 Stimmen für die Regierungsbeteiligung. Als Vertreter in der Regierung wurden an herausragender Stelle die Christdemokraten Napoleón Duarte und Moralis Ehrlich bekannt. Die sechs Opponenten (darunter Ruben Zamora) schlossen sich der Opposition an und versuchten, im Ausland wiederholt den Eindruck zu erwecken, als hätten sie wesentliche Teile der Christdemokraten hinter sich.

Die Christdemokraten wurden Ziel starker Angriffe rechts- und auch linksgerichteter Terrororganisationen.

Bis Ende 1980 haben die Christdemokraten insgesamt 25 Bürgermeister, Gemeinderäte und Politiker der ersten Linie durch Mordanschläge verloren.

Hervorgehoben seien der Regierungsbeauftragte für die Armen, Mario Zamora (ermordet am 23. Februar 1980) und das Vorstandsmitglied der PDC von El Salvador, Melvin Oreliana (ermordet am 10. Oktober 1980).

Opposition und Terror von rechts

Die neue Revolutionsregierung stand ab Ende 1979 vor der Aufgabe, den gewachsenen Machtapparat der Regierungspartei des Diktators Romero, PCN (Partido Conciliación Nacional), aufzubrechen, wenn ihre Politik Erfolg haben sollte. Die PCN stellte traditionsgemäß den Bürgermeister, nahm Einfluß auf die Bestellung der Richter und der Postbeamten (sie hatte somit die Nachrichtenverbindungen in der Hand), sie bestimmte die Bestellung der Kommandanten des Heeres, der Polizeichefs und der Chefs der Posten der Nationalgarde. Ebenfalls eingebunden in

diese Machtstruktur waren vielerorts die Lehrer, Pfarrer und einige reiche Bauern. Dazu hatte die PCN im ganzen Lande Einheiten einer paramilitärischen, rechtsgerichteten Organisation (ORDEN) gegründet, die eine zusätzliche Möglichkeit zur Absicherung ihrer soziopolitischen Herrschaft darstellte.

Mit der Übernahme der Macht durch die Revolutionsregierung am 15. Oktober 1979 wurde ORDEN aufgelöst, ebenso wie die offizielle Regierungspartei PCN.

Die drastischen Reformmaßnahmen der Junta haben bei ehemaligen Großgrundbesitzern, Persönlichkeiten der ehemaligen Regierungspartei PCN, großen Händlern etc. nicht nur Murren oder den Wunsch nach Auswanderung ausgelöst, sondern auch aktiven Widerstand.

Die verbotene Organisation ORDEN operiert im Untergrund weiter und richtet ihre Aktionen insbesondere gegen Christdemokraten und Militärs.

Das Ziel der Aktionen liegt darin, die wirtschaftliche Basis des Landes zu zerstören, weil man sich davon eine Rückkehr zur Macht erhofft. Das mittelfristige Ziel der Rechts- und Linksgruppen stimmt also überein.

Eine einheitliche strategische Linie des rechten Terrorismus ist nicht zu erkennen. Die Aktionen sind mehr spontane Racheakte, Begleichung alter persönlicher Rechnungen, spontane Ausbrüche und Machtmißbrauch. Einen Rückhalt im Volk hat der rechte Terrorismus nicht.

Opposition und Terror von links

Anfang 1980 wurde die sogenannte Coordinadora de Masas (Massenzusammenschluß) gegründet. Ihr gehören folgende marxistisch-leninistische Gruppen an:

- LP 28 (Volksligen 28. Februar)
- BPR (Populär Revolutionärer Block)
- UDN (Nationalistisch Demokratische Union)
- FAPU (Vereinigte Volksaktionsfront)

Diese vier Organisationen haben bewaffnete Unterorganisationen (sogenannte bewaffnete Arme), und zwar die

- FPL (Volksbefreiungsfront)
- FARN (Bewaffnete Kräfte des Nationalen Widerstands)
- FAL (Bewaffnete Befreiungskräfte)
- ERP (Revolutionäres Volksheer)

Im Februar 1980 trat die sozialdemokratische MNR (Nationalrevolutionäre Bewegung) der Coordinadora de Masas bei. Aus diesem Anlaß wurde sie in die „Demokratisch Revolutionäre Front“ (FDR) umgewandelt.

An dem marxistisch-leninistischen Charakter dieser umbenannten Organisation hat sich dadurch jedoch nichts geändert, auch die bewaffneten Gruppen bestehen fort. Insofern läßt sich die sogenannte „Demokratische Opposition“ nicht von den bewaffneten Guerilleros unterscheiden.

Die Strategie der Linksgruppen ist eindeutig marxistisch-leninistisch und dient der Errichtung der sogenannten Diktatur des Proletariats in El Salvador.

Taktische Bündnisse mit Demokraten, wie dasjenige mit der Sozialistischen Internationalen und den wenigen Dissidenten der Christdemokratischen Partei, sind nützliche Mittel zur Erreichung dieser Strategie.

Wie viele sogenannte „Hinrichtungen“ und „Verurteilungen“ auf das Konto der Linksguerilleros gehen, ist nicht genau bekannt. Von den insgesamt 6 000 bis 15 000 Toten (die Schätzungen in der internationalen Presse gehen hier auseinander) dürfte ihnen aber ein großer Teil zuzurechnen sein. Der Finanzsekretär der FDR, Farid Handal, hat im Kanal 14 des nordamerikanischen Fernsehens stolz darauf hingewiesen, daß seine Organisation in El Salvador „1 505 Individuen hingerichtet“ habe.

Über die Sozialistische Internationale sorgte einer der Führer der FDR, Ungo, für eine entsprechend publizistische Begleitung der Guerillera-Operationen.

Die von sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien regierten Länder der westlichen Welt werden unter der Rubrik „Freunde“ oder zumindest „neutral“ eingereiht. „Brüderliche Hilfe“ erhält die FDR von verschiedenen Ländern, die dem kommunistischen Lager zuzurechnen sind. Dabei ist auffällig, daß sich Moskau offensichtlich bemüht, nicht direkt verwickelt zu werden, sondern FDR-Gesandte in Satellitenstaaten weiterleitet und sich bezüglich der Ausbildungsprogramme und Waffenlieferungen „Stellvertreter“ sucht. Diese sind u. a. die DDR, Vietnam, Äthiopien, Bulgarien, Ungarn, die Tschechoslowakei und natürlich Kuba.

Eine besondere Rolle nimmt Nicaragua ein. Zwar bestreitet die Sandinisten-Regierung von Nicaragua, direkt in die Kämpfe verwickelt zu sein, jedoch ist bekannt, daß die FDR Salvador mit nicaraguanischen Mitkämpfern rechnen kann oder schon rechnen konnte, daß Waffenlandungen aus Nicaragua im Süden von Salvador von Militärs verhindert wurden und daß sich der Geheimsender der Guerilleros auf nicaraguanischem Gebiet befindet. Aus der Sympathie für die Guerilleros machen die Nicaraguaner keinen Hehl, die Aufrufe der FDR werden in der Presse von Nicaragua voll abgedruckt.

Generalstreik und Endoffensive

Ende 1980/Anfang 1981 kam es zu verstärkten Aktivitäten der Linksgruppen. Der ausgerufene Generalstreik, der das Land lähmen und die Wirtschaft zurückwerfen sollte, war jedoch ein Fehlschlag.

Trotz der Drohung der Guerilleros, jeden Busfahrer zu erschießen, der sein Fahrzeug in Gang setzt, lief der Verkehr im wesentlichen reibungslos ab. Allerdings wurden ca. 100 Busse von Guerilleros angezündet.

Auch die Drohung gegenüber den Landarbeitern, man werde sie erschießen, wenn sie mit der Kaffee-Ernte beginnen, wurde nicht ernst genommen. Die Ernte ist inzwischen weitgehend eingebracht und erzielte gute Ergebnisse.

Die groß angekündigte Endoffensive am 10. Januar 1981 muß für die Guerilleros als großer Fehlschlag gewertet werden. An verschiedenen Schwerpunkten des Landes, insbesondere im Westen, haben sie versucht, bestimmte Regionen in ihre Hand zu bekommen. Als besonders heiß umkämpft wurde in der internationalen Presse die Stadt Santa Ana dargestellt, in der sich folgendes abspielte:

Mit einem guten Dutzend Guerilleros drang ein Hauptmann der Streitkräfte in die Kaserne von Santa Ana ein, gelangte zum Kommandanten und erschoß diesen, nachdem er der Aufforderung, die Magazine zu öffnen, nicht nachkam. Dem Aufruf des Hauptmanns an seine Soldaten, sich ihm und den Aufständischen anzuschließen, folgten 28 Soldaten, die jedoch am nächsten Tag zu ihrer Einheit zurückkehrten. Im allgemeinen Durcheinander legten die Terroristen Feuer und sprengten einen Teil der Munitionsvorräte (und damit einen Teil der Kaserne) in die Luft.

Zur gleichen Zeit hatten verschiedene Guerillero-Gruppen die Zufahrtstraßen von außen blockiert, um die Hilfe von anderen Garnisonen unmöglich zu machen. Bereits am nächsten Tag hatte die Armee die Situation wieder voll im Griff, der ungehinderte Zugang zur Stadt war möglich, die Kaserne war entsetzt, und am übernächsten Tag lief das Leben in der Stadt wieder normal ab. — In anderen Teilen des Landes ging es den Guerilleros nicht anders. Nach Schätzungen der Militärs haben die Guerilleros ungefähr 25 % ihrer Kräfte verloren.

Die Resultate des Generalstreiks und der sogenannten Endoffensive beweisen klar, daß in El Salvador eine mit Nicaragua — das häufig als Beispiel herangezogen wird — nicht vergleichbare Situation herrscht. Während in Nicaragua der Aufstand gegen einen Diktator notwendig und erfolgreich war und letztlich auch von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung getragen wurde, trifft dies für El Salvador nicht zu. Die Guerilleros haben keinerlei Rückhalt in der Bevölkerung. Sie müssen zur Rekrutierung neuer Kräfte vorwiegend Druck ausüben, sie überfallen Dörfer, nehmen Geiseln und zwingen so junge Männer zum Mitkämpfen. Es ist verständlich, daß diese „Mitkämpfer“ bei der ersten Gelegenheit desertieren.

Haltung der Kirche zum bewaffneten Widerstand

In einem Hirtenbrief hat der salvadorianische Episkopat die friedliche Entwicklung des Landes befürwortet und geschrieben: „In diesem historischen Moment, den wir erleben, sehen wir mit Hoffnung die tiefen und radikalen Veränderungen, die sich in unserem Land abspielen. Eine neue Gesellschaft, errichtet auf der Basis der sozialen Gerechtigkeit, kämpft darum zu entstehen, in einem Entbindungsprozeß, der wie jede Geburt immer schmerhaft ist.“

Anfang 1981 hat der päpstliche Administrator und Nachfolger des ermordeten Bischofs Romero sich öffentlich zur Frage der Rechtfertigung von Gewalt in den gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen des Landes geäußert. Er kommt zu dem Schluß, daß Gewalt nicht gerechtfertigt ist,

insbesondere, weil keine Aussicht auf eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation besteht, wenn man den Vorstellungen der Guerilleros folgt,
und auch weil noch nicht alle friedlichen Mittel zur Herstellung einer gerechteren Ordnung ausgenutzt sind.

Es ist jedoch einzuräumen, daß nicht alle Priester des Landes diese Einschätzung der Kirchenführung teilen und daß einzelne Priester mit den Guerilleros zusammenarbeiten.

Langfristige Perspektiven

Zu der gegenwärtigen Regierung aus Christdemokraten und Militärs gibt es keine Alternative. Versagt diese Regierung, bleibt nur der Rückfall in die rechte Oligarchie oder der Übergang zum linken Terrorregime. Die Reformpolitik, der Pluralismus, die Beteiligung der Landarbeiter, die Demokratie wären in weite Ferne gerückt. Weil weder die alte Oligarchie noch die FDR eine Alternative darstellen kann, ist es notwendig und sinnvoll, die gegenwärtige Regierung zu unterstützen, auch und gerade mit Wirtschafts- und Entwicklungshilfe.

Die kommunistischen Länder haben in diesem Zusammenhang mehrere Interessen: Zum einen gilt es für sie zu beweisen, daß eine Zusammenarbeit zwischen Christdemokraten und gemäßigten Militärs niemals erfolgreich sein kann.

Ihre Strategie zielt deshalb auf die Zerrüttung der wirtschaftlichen Grundlagen des Landes ab.

Zum anderen bietet diesen Ländern dieser neue Unruheherd vor der Haustür der Vereinigten Staaten von Amerika die Chance,

diese Großmacht zu einer Intervention zu verleiten, was den USA ein „Afghanistan“ bereiten würde, was wiederum die Sowjetunion moralisch erheblich entlasten würde.

Kuba und Nicaragua haben ein Interesse daran, in Mittelamerika und der Karibik weitere marxistische Stützpunkte zu schaffen, um von dort aus in einer Art Ausstrahlwirkung auf Gesamt-, Mittel- und Südamerika Einfluß zu nehmen. Dabei geht es nicht nur um eine günstige strategische Ausgangsposition gegenüber den USA,

sondern insbesondere auch um den Zugang zu einer wirtschaftlich interessanten Ölförderungsregion (Mexiko, Venezuela . . .).

Für die westlichen Länder ist deshalb die Unterstützung der gegenwärtigen Regierung in Salvador sowohl ein Gebot der Moral wie auch ein Stück Sicherung von Eigeninteresse.